

DIE LINKE. Ratsfraktion, Dortmund Str. 162, 44577 Castrop-Rauxel

An den  
Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel  
Herrn Rajko Kravanja

**DIE LINKE.**

Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel  
Dortmunder Str. 162  
44577 Castrop-Rauxel

☎ 01522-9854961

✉ ratsfraktion@die-linke-castrop.de

🌐 [www.die-linke-castrop.de](http://www.die-linke-castrop.de)

Castrop-Rauxel, den 11.06.2019

**Antrag auf Übernahme des ICAN-Städteappells mit der Aufforderung an die Bundesregierung, dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Abkommen zum Verbot von Atomwaffen“ beizutreten**

Sehr geehrter Herr Kravanja,

wir bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

**Antrag:**

**Die Stadt Castrop-Rauxel schließt sich dem nachstehenden ICAN-Städteappell an und unterzeichnet diesen:**

**„Die Stadt Castrop-Rauxel ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“**

**Begründung:**

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar - sie sind im Ernstfall die primären Ziele atomarer Angriffe. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich einmischen. Das Ruhrgebiet ist das größte Ballungsgebiet Europas und damit eines der Primärziele einer atomaren Auseinandersetzung.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz von Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus! Städte tragen daher eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohner und Bewohnerinnen.



Am 7. Juli 2017 wurde in den Vereinten Nationen ein „Abkommen zum Verbot von Atomwaffen“ verabschiedet. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Vertrag bis heute nicht unterschrieben. Die Organisation ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) setzt sich für die Abschaffung aller Atomwaffen durch einen bindenden völkerrechtlichen Vertrag ein. Für ihre Aktivitäten wurde sie 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Sie bündelt nunmehr die Aktivitäten vieler Städte zur Abschaffung aller Atomwaffen. Mit einem Städteappell sollen Regierungen unter Druck gesetzt werden, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen. Viele Städte in Nordamerika, Australien und Europa haben den Appell bereits unterschrieben – in Deutschland bereits 27 Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

DIE LINKE.  
Fraktion im Rat der Stadt Castrop-Rauxel

**27 Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 12.06.2019\_Übernahme des ICAN-Städteappells mit der Aufforderung an die Bundesregierung, dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten "Abkommen zum Verbot von Atomwaffen" beizutreten (2019/137)**

Der Rat der Stadt beschließt mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen:

Die Stadt Castrop-Rauxel schließt sich dem nachstehenden ICAN-Städteappell an und unterzeichnet diesen:

„Die Stadt Castrop-Rauxel ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“